

11.06

**Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft Vizekanzler**

**Dr. Reinhold Mitterlehner:** Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Regierungsteam! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aus meiner Sicht hat das Referendum vom 23. Juni drei Komponenten: Die eine Frage betrifft die Beziehung oder die Relation oder die Auswirkungen hinsichtlich Vereinigtes Königreich, die andere Frage betrifft die Konsequenzen für die EU, und das dritte Thema ist sicherlich die Auseinandersetzung mit den Folgen und mit den Vorhaben für Österreich.

Wir haben das schon öfter gehört, aber ich finde es interessant: Im Jahr 1973 ist das Vereinigte Königreich mit 67 Prozent Zustimmung der Europäischen Union beigetreten, und im Jahr 2016 ist mit den bekannten 52 Prozent zumindest die Vorentscheidung für den Austritt gefallen. Viele haben das ja auch zur Gratulation genutzt, um das als Protest gegen die Upperclass in Großbritannien oder auch gegen die EU zu interpretieren. Ich glaube, ihnen allen ist die Gratulation dann schon im Hals stecken geblieben oder sie hätten das wahrscheinlich lieber nicht gesagt, als sie die Folgen – so schnell, wie sie im konkreten Fall eingetreten sind – gesehen haben.

Der Bundeskanzler hat die faktische Abwertung des Pfund schon angesprochen, aber auch die Kontraktion, was die Wirtschaftssituation insgesamt anlangt: Die Experten erwarten schon für dieses Jahr mehr als 1 Prozent Auswirkungen auf das Bruttonationalprodukt. Das wird sich bis zum Jahr 2020 nicht mindern, sondern sogar eher fortsetzen. Allein die Tatsache, dass 800 000 Gäste aus Großbritannien in Österreich Urlaub machen, beeinträchtigt uns schwer, denn das Pfund ist jetzt weniger wert, der Urlaub teurer, vielleicht werden sie nicht kommen. *(Abg. Kickl: Die Russen kommen gar nicht mehr!)*

Meine Damen und Herren, es ist die Überlegung anzustellen, warum und wieso das passiert ist; es ist vorhin schon darüber geredet worden. Ich denke, der Hintergrund ist sicherlich der, dass die innere Kraft der Idee der europäischen Einheit, die auf das Desaster, auf **die** Desaster muss man ja sogar sagen, des 20. Jahrhunderts gefolgt ist, sich eigentlich irgendwo erschöpft hat und dass die EU momentan eher als Summe aller Probleme, aller Ängste, aller negativen Emotionen wahrgenommen wird.

Es ist halt sehr verlockend, in diesem Zusammenhang das goldene Zeitalter des Nationalstaats zu beschwören, ohne auf die Kompromissmaschine Brüssel – die manchmal so empfunden wird – eingehen und hören zu müssen. Es ist natürlich auch eine Problematik, was die handelnden Personen anlangt. Ich sehe die Problematik bei David Cameron, der da taktiert hat und eigentlich dann gescheitert ist. Die Problematik

ist eigentlich noch stärker bei Personen wie Farage oder Johnson zu sehen, die sich einfach empfohlen haben, sich vom sinkenden Schiff empfohlen haben.

Heute ist ja in mehreren Zeitungen zu lesen, dass Christoph Waltz von Ratten spricht, die das Schiff verlassen. – Diese Bemerkung ist etwas überzeichnet, aber trotzdem glaube ich, dass man keinen Plan hat, da man jetzt alles zurücklässt, das merkt man schon daran, dass Artikel 50 eigentlich nicht in die Ziehung gebracht worden ist und dass der Antrag nicht nur nicht gestellt wurde, sondern dass man jetzt in Großbritannien noch streitet, wann das passieren wird.

Die Frage ist natürlich schon, wie man jetzt weiter vorgeht. In der EU herrscht Einigkeit, dass einmal die Antragstellung zu erfolgen hat und dass keine Rosinen gepickt werden sollen. Was heißt „Rosinen“? – Im Endeffekt, dass man in diesem Zusammenhang nicht nur Privilegien haben kann, ohne auf die Pflichten Rücksicht zu nehmen. In diesem Zusammenhang wird manchmal die Schweiz als Beispiel genommen und gesagt: Schaut euch doch die Schweiz an, wie gut die das gemacht hat! Schauen Sie wirklich auf die Schweiz, und zwar in Zukunft! Warum? – Weil dort die Masseneinwanderungsinitiative noch immer nicht erledigt ist, was die Verhandlungen mit der EU anlangt. Der Schweizer Wirtschaftsminister Schneider-Ammann hat mir gesagt, man habe große Sorgen, was jetzt mit den Vorteilen, die man hat, passiere. Es gibt dann nämlich kein Erasmus+, es gibt dann keine Teilnahme an Horizon 2020 und anderen Projekten, die auch für die Schweiz wichtig sind.

Meine Damen und Herren, wenn Sie das eine sagen, überlegen Sie, was auf der anderen Seite passiert! Seien wir in der gesamten Diskussion, würde ich sagen, eher vorsichtig. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ sowie bei Abgeordneten der NEOS.)*

Das betrifft auch die Auswirkungen, was die EU anlangt. Ich habe angesprochen, wenn die EU als EU der Eliten, als EU der Probleme und Ängste erlebt wird, dann, glaube ich, kann man nur eines tun: dass die EU insgesamt – und wir sind Teil der EU – daran arbeitet, dass wir Hoffnung, Vertrauen, Sicherheit wiedergewinnen. Ich kann mich nur dem anschließen, was auch der Außenminister neulich schon gesagt hat, was auch Vertreter Deutschlands gesagt haben: Die EU braucht jetzt eigentlich gar keine Debatte über mehr Vertiefung, die EU muss sich darauf besinnen, die großen Probleme zu lösen, und da ist das Allererste und Wichtigste die Flüchtlings- und Migrationsproblematik. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)* Dort solidarisch vorzugehen, das ist die Aufgabe der Stunde.

Das Zweite: Ich glaube, die EU muss auch, was Subsidiarität anlangt, erkennen, es gibt bestimmte Probleme – das betrifft nicht nur die Traktorsitze –, die ein Land für sich

allein lösen kann, da braucht man weder die Vorhalte noch die Vorgaben der EU. *(Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)* Und man muss sicherlich, was Fehlentwicklungen anlangt, auch gegensteuern, auch das kann man nur immer wieder betonen, beispielsweise die Bürokratie, die ja eigentlich über diesen ganzen Regeln steht und die schon ein Übermaß angenommen hat, bekämpfen. Auf der anderen Seite haben wir ja auch, was den Sozialbereich anlangt, da und dort Schief lagen, die wir durchaus diskutieren sollten.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist ganz, ganz wichtig, da auch ein stimmiges Verhalten, ein sensibles Verhalten seitens der EU vorzuleben, und ich bin sehr froh, dass beispielsweise gestern die Kommission ihre Ankündigung, CETA würde ein „EU-only“-Abkommen sein, revidiert und es zum gemischten Abkommen erklärt hat, weil 27 Mitgliedstaaten das auch so wollen. Wer entscheidet? – Die Mitgliedstaaten entscheiden!

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, wenn jetzt die Parlamente mitentscheiden – was wir wollen –, dann wünsche ich mir auch eine sachliche Auseinandersetzung über wirkliche Vor- und Nachteile und nicht die gleiche Vorgangsweise wie jetzt bei Britannien. Im Vereinigten Königreich, da gibt es das Schlagwort der post-fact democracy: Die Emotionen beherrschen die Auseinandersetzung, und nachher steht man dann vor dem Faktenhaufen und weiß gar nicht, was man eigentlich angerichtet hat. Daher lade ich alle ein, das gemeinsam abzuwägen und zu einer sachlichen Entscheidung zu kommen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Damit zum dritten Punkt, und der betrifft Österreich: Meine Damen und Herren, Österreich hat mit dem Vereinigten Königreich eigentlich gute Wirtschaftsbeziehungen, diese sind in den letzten Jahren sogar dynamisch gewachsen. Was die Exporte anlangt, steht das Vereinigte Königreich an achter Stelle, allein bei Produkten sind das 4 Milliarden €, beträchtlich sind auch die Dienstleistungen. Ich habe den Tourismus schon angesprochen, wir haben immer gut zahlende Gäste aus dem Vereinigten Königreich gehabt, daher wollen wir das auch in Zukunft weiterhin haben. Wir werden, was die Verträge anlangt, diese durchaus auch gestalten können, sicherlich mit beiderseitigen Rechten und Pflichten.

Ich komme aber schon zu dem Punkt, was der Vorteil der Mitgliedschaft in der Union ist; schauen Sie beispielsweise einmal auf die heutige Diskussion: Große österreichische Unternehmen im Stahlbereich haben große Probleme, wenn es um den Status von China geht; es geht um die Frage des Dumpings und Antidumpingmaßnahmen. Glauben Sie wirklich, dass ein Land wie Österreich das

gegenüber China allein durchsetzen könnte? Da geht es aber um insgesamt – Rainer Wimmer sagt das – 250 000 Arbeitsplätze. Ich kann ihm nur beipflichten. Daher: All das ist ein Vorteil der Europäischen Union.

Wenn wir schon das Wort Öxit in der Form so leichtfertig in den Mund nehmen, dann würde ich auch in diesem Zusammenhang anraten, vorher zu überlegen, was die Fakten sind – wie Österreich von der Europäischen Union in den letzten Jahren profitiert hat –, und dann andere Überlegungen anzustellen. Die anderen Überlegungen könnten vor allem in die Richtung gehen, dass wir Teil der Europäischen Union sind. Wir haben es selbst in der Hand, die Diskussion so zu führen, dass wir die Verbesserungen gemeinsam erarbeiten, die wir eigentlich auch haben wollen, und nicht immer nur nach Brüssel zeigen, dazu lade ich ein.

Also nicht austreten, sondern verbessern, das ist unsere Aufgabe, nicht nur heute oder morgen oder übermorgen, sondern in den nächsten Jahren. Wir haben es in der Hand! – Danke schön. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ sowie bei Abgeordneten der NEOS.)*

11.15

**Präsident Karlheinz Kopf:** Wir gehen in die Debatte ein.

Ich mache darauf aufmerksam, dass gemäß § 74b Abs. 4 der Geschäftsordnung kein Redner länger als 10 Minuten sprechen darf, wobei jedem Klub eine Gesamtredzeit von 25 Minuten zukommt.

Als Erster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Strache. – Bitte.